

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 57813 Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mark. — Fest- und Geschäftsangelegenheiten jeder Art werden nicht aufgenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudt, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Biemelhauser Straße 38-42. Telegramm: Altherald Bochum.

Ruhrbergleute!

Zehn Wochen stehen wir unter dem Druck der französischen Militärherrschaft. Waffenlos, aber unbeugsam verharret die Ruhrbevölkerung im Abwehrkampf. Mit allen Mitteln versuchen die Franzosen, diesen Widerstand zu brechen.

Durch rosige Versprechungen soll die Arbeiterschaft eingefangen werden. Man versichert uns, die Lage der Arbeiter zu bessern, die Arbeiterrechte nicht zu schmälern, Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit unangetastet zu lassen. Mit einem Wort: Herrliche Zeiten stellen die französischen Gewalthaber den Arbeitern in Aussicht, wenn sie sich unterwerfen.

Was ist von diesen Versprechungen zu halten?

Sie sind nur Lockmittel. Der französische Imperialismus und Militarismus sind und bleiben arbeiterfeindlich. Der Bergarbeiterstreik im Saarrevier ist der schlagendste Beweis dafür. Sechs Wochen stehen die Saarkameraden im Streik. Sie kämpfen um auskömmlichen Lohn und menschenwürdige Behandlung. Die französische Regierung als Arbeitgeber lehnt jedes Entgegenkommen ab. Gegen die Streikenden wird Militär aufgeboten. So sieht es im Saargebiet aus!

Kameraden! Wie erst würde es uns ergehen, wenn Poincaré sein Ziel erreichen würde?!

Er wird es nicht erreichen!

An unserem Willen, gestützt auf unser Recht, muß die brutale Gewalt zerschellen. Trotz Aufbietung gewaltiger Truppenmassen, trotz Verhaftung, Ausweisung, Mißhandlung und Ermordung friedliebender Menschen blieb der französischen Gewaltpolitik bisher der Erfolg versagt. Frankreich wird auch weiterhin keine Kohlen und keinen Koks bekommen. Der Versuch, die Bestände auf den Halden abzufahren, wird ein Misserfolg bleiben.

Kameraden! Wir bleiben fest im Abwehrkampf für unser Recht und unsere Freiheit. Wir lassen uns weder durch Zuckerbrot noch durch Peitsche vom französischen Militarismus und Imperialismus zur Fronarbeit zwingen. Der Widerstand wird wie bisher mit Ruhe und Entschlossenheit fortgesetzt werden, bis Frankreich von seiner brutalen Gewaltpolitik Abstand nimmt.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkverein d. Fabrik- u. Handarbeiter (H.-D.), Abt. Bergarbeiter.
Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter.

Gegen Haßpolitik und Kriegshege.

Die Arbeiterschaft führt den Kampf an der Ruhr als ihren Kampf, als Kampf einer unterdrückten Klasse gegen ihre Ausbeuter. Sie vergißt nicht die sozialen Gegensätze im eigenen Land, sie predigt keinen Burgfrieden mit innerpolitischen Reaktionsären, aber sie gedenkt des Wortes von Jean Jaurès, daß die Arbeiterklasse, die zu dem Zoch des eigenen Kapitalismus auch noch das Joch des fremden Eroberers gutwillig auf ihre Schultern nähme, zühlig auf jeden Versuch verzichten könne, sich aus drückenden Fesseln zu befreien.

Nicht Völkerringkampf ist es, was an der Ruhr vor sich geht, sondern Klassenkampf. Der Klassenkampf spielt sich eben in den verschiedensten Formen ab, vom Zerstörungsfeldzug unorganisierter Arbeiter gegen Maschinen bis zur vollendetsten Gewerkschaftsstrategie, vom allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus bis zur Kauferei der Kapitalistengruppen unter sich um den Anteil am Mehrwert, den jede Gruppe für sich erraffen will.

Ein Moment im Kampfe an der Ruhr ist der Widerstreit zwischen den Interessen der französischen und deutschen Schwerindustrie. Wir wollen nicht den Sieg der französischen Gruppe, weil dieser Sieg der Arbeiterschaft Deutschlands, ja ganz Europas einen so gefährlichen Gegner schaffen würde, wie sie ihn so machtvoll bisher noch nicht hatte. Wir wollen nicht Beendigung der Ruhrkrise durch eine Privatverhandlung französischer und deutscher Industriegruppen, sondern eine Verständigung von Regierung zu Regierung, bei der natürlich Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen als Sachverständige nicht auszuschalten sind.

Wir können aber zu keinem guten Ende dieses Kampfes kommen, wenn man beiderseits Völkerringpropaganda, und deshalb wenden wir uns gegen diese Propaganda, wo sie in unserem Lande auftaucht. Diese Haßpropaganda ist vorhanden und ihre Blüten stellen eine schwere Gefahr für unseren Widerstand und die anständige Lösung der Krise dar. Wie sehr diese Propaganda die Gedanken verwirrt, zeigen Ausführungen, die Herr Rirdorf auf einer Arbeiterversammlung in Berlin am 14. März gemacht hat. Er sprach von dem Widerstand an der Ruhr und sagte nach dem Bericht des „Tag“ wörtlich: „Wenn der Haß gegen die Feinde ist die beste Möglichkeit zum nationalen Zusammenfluß. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Gänkeklatschen.) Erfolgreich kann der Kampf nur geführt werden unter der Losung: Haß den Feinden und Liebe zum Vaterland! (Erneuter Beifall.) Entgegen der Haß gegen die Feinde, einigende Liebe zum deutschen Vaterland! Wägen wir alle, auch die, die wir in meinem Alter stehen, die Wiedererfarlung des Vaterlandes noch erleben! Und mit dieser Losung rufe ich Ihnen zu: Glück auf!“

Wir lehnen diese Haßpolitik ab! Wir fühlen uns dem schaffenden Volk Belgiens und Frankreichs enger verbunden, als manchmal Ausbeuter armen Volkes im eigenen Land, enger, als dem Gesindel im eigenen Land, das in Zeiten bitterster Not Geld aus der Träne der Armen prägt! Wäre nicht erfahrungsgemäß die Arbeiterklasse in einem Siegerlande immer schwächer als im besiegten Land, wäre nicht Frankreichs Arbeiterklasse zerrissen und ohnmächtig unter dem Druck des Militarismus und der Spaltungen, die die Kommunisten hervorriefen: die internationale Arbeiterorganisation würde einen anständigen Frieden erringen! Leider scheint das heute noch unmöglich. Unser Verständigungswille zwingt uns aber, Stellung zu nehmen gegen jede blöde Haßpropaganda, gegen jeden

Versuch, zum Striege zu heben. Haßkrieger wie Rissauer aus dem Weltkrieg treiben überall ihr Unwesen. Selten wollen sie dem Ruhrgebiet, aber sie verraten es, denn wenn nach ihren Rezepten gearbeitet würde, dann wehe dem Ruhrgebiet, dann wehe dem armen deutschen Volk! So läßt ein Herr Leander folgendes Gedicht auf Postkarten drucken und verbreiten:

„Verlaßt, Ihr Männer der roten Erde,
Die Gruben, die gleichenden Feuererde,
Und dann hebt an ein gräßlich Morden
An den froch eingedrungnen Horden,
Entrecht den Laiten die Waisen,
Zerstört Gewehre, Geschütze,
Laßt nicht ein Schuß aufsteigen,
Nichtet die Waffe gegen den Feind!
Die Waffe sei Euer heher Freund!
Ein jeder von Euch sei ein Held,
Kein Feind verlaßt lebend das Feld.“

Mit solchen verrückten Ergüssen wird das Volk an der Ruhr reichlich fertig, indem es einfach mit dem Finger an die Stirne zeigt. Aber es wehrt sich auch gegen die schematische Kriegspropaganda, die umfassend von rechtsbolkschweitschischen Kreisen betrieben wird. Vor uns liegt ein Aufruf, den die „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“, Gruppe Magdeburg-Anhalt, unterzeichnet vom Vorsitzenden Major a. D. Wilhelm von Gaja, Mittwegtsbesitzer, verleiht. In diesem Machwerk lesen wir:

„Aber trotz allem, was geschehen, wir sind ja nicht so wehrlos, so machtlos, wie viele glauben. Es müssen noch Waffen da sein. Es werden Waffen wieder gebaut, es werden Waffen gefertigt werden; noch ist Deutschland nicht verloren! Frankreich kann sehr wohl sein Moskau an der Ruhr, an der West- oder an der Elbe finden! Die Stimmung an der Ruhr ist ausgeglichen. Die Mut der Bevölkerung über die französischen Offiziere ist maßlos. Die Arbeiter sind kaum davon abzuhalten, über die Franzosen herzufallen. Die Stimmung unter den französischen Mannschaften ist schlecht. Sie sind Kriegsmüde, sie wollen nach Hause... Für einen Zivilangewerben geben sie ein Pferd fort... An der Seite der Franzosen werden Amerikaner trotz aller Wachenschaften nicht wieder erscheinen. Dagegen werden wir Waffen und Munition von England erhalten. Es ist das englische Gold in London, welches augenblicklich die Mark hebt und den Dollar senkt. Sicherer Nachrichten zufolge rüht auch Rußland wieder, es dürfte in allernächster Zeit über Polen herfallen... Frankreich muß plötzlich die Angst vor dem wieder aufgestandenen Deutschland in die schlotternden Glieder fahren. Und dann, wenn es anfänglich wird, wenn es ohne geladete Amerikaner sich England, Deutschland und Rußland gegenüber stellt, nur dann vielleicht läßt Frankreich Poincaré fallen und zieht — von der Ruhr ab... Jedes Moment kann es losgehen. Aber keine Unbedachtsamkeit, nicht zu früh loszuschlagen, nicht unserer Regierung das Konzept verderben... Allerdings, es kann auch der Moment kommen, wo keine Minute verloren werden darf! Sowie England seine Truppen am Rhein aus der französischen Umklammerung herauszieht!“

Wir haben aus dem Machwerk soviel zitiert, weil solche Dinge draußen in der Ebene, im unbefleckten Deutschland, ihre Wirkung tun und den Kampf an der Ruhr gefährden. Ueber die Herrlichkeit und Verlogenheit des Mißgeschickes ist kein Wort zu verlieren. Die Arbeiter an der Ruhr denken nicht daran, bewaffnet über die Franzosen herzufallen! Sie setzen ihren friedlichen Kampf fort, lehnen

aber jede Gewalt ab! England denkt nicht daran, Deutschland mit Waffen beizuhelfen. Im Gegenteil: Gewalttätiger Widerstand an der Ruhr würde sofort England offiziell an die Seite Frankreichs treiben! England denkt nicht daran, mit seinem Gold in dieser Zeit die deutsche Mark zu stützen, es sind die Mittel der Reichsbank, die dafür verwandt wurden! Rußland denkt nicht daran, neuen Krieg zu beginnen, es hat keine andere Sehnsucht, als seine Wirtschaft in Ordnung zu bekommen! Die deutsche Regierung denkt nach ihren auch den Gewerkschaften abgegebenen feierlichen Versicherungen nicht daran, kriegerische Abenteuer zu beginnen!

Über die Regierung, die gegen rechtsbolkschweitschischen Organisationen, Waffenübungen und Waffenbeschreibungen vorgeht, sollte alles nur Denkbares tun, um Gesellen à la von Gaja das Handwerk zu legen. Das Volk an der Ruhr läßt sich nicht von solchen Banditen sein Land zum Kriegsgebiet machen!

Die „nationalsozialistische“ Bewegung, dies Sammelnarrum von unverdauten sozialen Ähränen, Judenhege und Kriegsbestialität, ist eine große Gefahr für unser Land. Möge die Regierung hier auf dem Vorkurs sein. Möge alle vernünftigen Elemente im Volk, einerlei welcher Parteirichtung, erkennen, wie recht der Konterpartie Adam Roder hat, wenn er in der „Süddeutschen Konservernen Korrespondenz“ schreibt:

„Dies näher kommt man der Wahrheit jedenfalls, wenn man in Hitler einen Menschen jener politischen Öhrerie erkennt, die sich augenblicklich von dem Stimulus des Antisemitismus befaßt als eine deutsche Geisteskrise in unserem Volk ausbreitet. Der Antisemitismus ist noch immer das begreifteste Mittel, um die Volkseigenschaften nach einer bestimmten Richtung hin auszuwählen und sie für politische Erhebungen, die sich gegen den Bestand der Republik richten, auszunutzen. Die antisemitische Verfechtung geht durch alle Volksschichten; keine Partei ist von ihr verschont. Wenn man erlebt, daß die antisemitische Theorie selbst in die Bezirke der Intelligenz einbricht, wie Persönlichkeiten von graduierstem Können ihr unterliegen, so hat man einen Beweis dafür, in welchem Umfang suggestiven Einfluß haben, wenn nicht ein durch elementare Religion beeinflusster Wille zur Selbstsucht und moralischen Zügellosigkeit die stitische Beurteilungsmittel bestimmt. Die deutsche Öffentlichkeit und der deutsche Mensch sind nervös geworden. Es ist so bezaun, einen Generalschuldigen für alle politischen und wirtschaftlichen Gehtreten zu bestrafen und das alles noch mit nationallistischer Entrüstung zu verbrämen. Diese Evolution des deutschen Menschen zum Prinzip der „nationalen Erneuerung“ kann man mit dem Antisemitismus leicht ergreifen und darf dabei noch des Beifalls weiter Kreise gewiß sein.“

Roder schließt mit folgenden Worten: „Nur wenn die Gerechten, die Sachlichen, die Vornehmen, die ihrer Verantwortlichkeit sich Bewußten den Antisemitismus als das schleichende Gift erkennen, mit dem die moralische Widerstandsfähigkeit des Volkes gebrochen und sachliche Anschauung getrübt wird — kann der Bewegung von innen heraus Einhalt geboten werden.“

Sache unserer Kameraden im ganzen Land muß es sein, diesen rechtsbolkschweitschischen Gedankengängen und Taten auf das entschiedenste entgegenzutreten. Wir wollen keinen neuen Krieg! Nichtet auf die Agenten der Haß- und Kriegspropaganda, die sich überall herumtreiben. Meldet Verdächtiges eurer Organisation, damit sie einschreiten kann.

Gegen französisch-belaischen Imperialismus, aber nicht mit Waffen, sondern in friedlichem, unerhöhrterlich ernstem Kampf für den Frieden zwischen den Völkern!

Eine Ruhrfundgebung.

Am Sonntag, den 18. März, tagte in dem ein Komitee-Konferenz unseres Verbandes für das Ruhrgebiet. Sie war von über 200 Delegierten und Funktionären besucht. Kamerad Limberg referierte über die Lage. Er schilderte kurz Ursprung und Natur des französisch-belgischen Einfalls, seinen bisher negativen Erfolg und unterließ den Nachbetrachten der Arbeiter, die diesen Kampf führe, weil sie ihm in ihrem eigenen Interesse folgen müßten. Bedingung für eine möglichst glückliche Beendigung dieses Kampfes aber sei ein anderer Opferwille der belagerten Kreise Deutschlands, als er bisher zutage getreten sei. Nicht einmal Opfer verlangen wir, sondern Anstandigkeit und Geduld, die wir auf dem Gebiete der Steuerwesen abschut vermissen. Die hier vom Redner gegebenen Zahlen wurden mit lebhafter Aufmerksamkeit quittiert, ebenso seine Mitteilungen über das verbreiternde Treiben der Tag-Nationalisten, die eine große Gefahr für Land und Volk darstellen. Die Preisentwertung ist trotz teilweiser geringer Entwertung immer noch katastrophal für die breite Masse. Nur wenn in all diesen Fragen den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen wird, ist auf einen Erfolg des Widerstandes zu rechnen, der zu der notwendigen Verständigung führt.

Aus verschiedenen Bezirken des Reviers sprachen sechs Kameraden, von denen sich keine gegen die Beschlüsse des Referats aussprach. Einstimmige Annahme fand die folgende Entscheidung:

Die Konferenz erneuert den entschiedenen Protest der Bergarbeiterschaft gegen den gewalttätigen Einbruch ins Ruhrgebiet. Diese Methode erschwert durch die mit ihr verbundene Vernichtung deutscher Wirtschaftskräfte die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen und schürt durch die immer schlimmer gewordenen Gewalttaten den Völkerverhaß.

Die Bergarbeiter werden nach wie vor dieser Gewalttätigkeit mit friedlichen Mitteln erbitterten Widerstand leisten. Sie lehnen für sich jede Gewaltmethode ab. Sie verlangen von der Reichs- und Staatsregierung, daß sie energisch und rückhaltlos alle Bestrebungen unterdrückt, die bewaffneten Kampf nach außen oder innen anzuknüpfen. Die Bergarbeiterschaft ist fest entschlossen, ihrerseits mit allen Mitteln diesen verwerflichen, für Land und Volk unheilvollen Gewaltmaßnahmen entgegenzutreten.

Der Widerstand gegen fremde Gewalt kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn die belagerten Kreise des Landes zu den wirtschaftlichen und steuerlichen Opfern herangezogen werden, welche die Not der Zeit fordert. Die Bergarbeiterschaft fordert energisch die dazu notwendigen gesetzlichen Maßnahmen.

Die Bergarbeiterschaft wendet sich entschieden gegen jeden Versuch und jede Politik, die aus nationalistischem Haß oder aus berechnender Profitgier den Widerstand zu lähmen oder den Kampf zu verlängern geeignet sind. Sie verlangt von der Reichsregierung, daß sie keine Möglichkeit unberührt lasse, die geeignet ist, durch Verhandlungen der gleichberechtigten Regierungen den Ruhrkrieg zu beendigen und die Reparationsstrafe einer verständigen Lösung entgegenzuführen.

Mittags fand eine große öffentliche Kundgebung statt, in der Reichspräsident Ebert, die Reichsminister Hermanns, Ederer, die preussischen Minister Severing und Eisinger sprachen. Ebert fand den größten Beifall mit seinen trefflichen Darlegungen über den berechtigten Widerstand gegen den französisch-belgischen Einfall.

Kamerad Sulejman nahm im Auftrage des Verbandes das Wort und betonte kräftig, was wir zur Aufrechterhaltung und Verankerung des Widerstandes zu fordern haben. Kamerad Sulejman führte aus:

Es hätte die denkwürdige Kundgebung eigentlich nicht hier, sondern mitten im Herzen des Industriegebietes stattfinden sollen. Aber die Verhältnisse, unter denen wir seit dem 11. Januar zu leiden und zu leben haben, zwingen uns, an die äußerste Grenze des Ruhrreviers zu gehen. Als 1920 in Spa über die Kohlenlieferungen verhandelt wurde, hat Sie gesagt, es habe sich jetzt an den Verhandlungstisch eine zweite Großmacht gesetzt: die deutsche Arbeiterkraft. Man könnte wohl schlußfolgern, aber gewalttätig und unter Bajonetten keine Kohlen fördern.

Wir haben immer betont, eine Weigerung des Ruhrgebietes lassen wir uns nicht gefallen und deshalb hätte man sich in Paris und Brüssel sagen sollen, daß man dem schäblichsten Widerstand der Arbeiter begegnen würde. Gerade die Bergarbeiter müßten das Einverständnis selbstmännlich bewaffneter Truppen als einen Schlag ins Gesicht empfinden, weil sie monatelang durch Wehrlosigkeit die deutsche Regierung in den Stand gesetzt haben, das an stöckeln zu liefern, was die Entente bekommen hat. Die Bergarbeiter sind gewillt, diesen waffenlosen Widerstand fortzusetzen. Wir müßten aber verlangen, wie das auch in unserer heutigen Revierkonferenz hier in dem zum Ausdruck gekommen ist, daß alle Teile der Reichs- und Staatsregierungen dafür sorgen, daß alle bewaffneten Aufstände unendlich gemacht werden. Ich habe die Empfehlung, die Militärs sind schuldlos über diesen passiven Widerstand. Es geht nicht in ihre Generalstabskarte hinein; der Weg ist auf ihr nicht vorgezeichnet. Ich hoffe, daß gegen alle Schläge, gegen Mörder, Schieber und Volkspanner rückhaltlos vorgegangen wird. Wir müssen von jedem Volksgenossen verlangen, daß er sein persönliches Ich zurückstellt und dem Ganzen dient. Die Kohlen, die der Widerstand uns auferlegt, müssen durch eine gerechte Steuerpolitik auf die Schultern der leistungsfähigen Kreise gelegt werden. Jede Gelegenheit zur Verständigung muß ergriffen werden. Wir sind bereit, bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit den Gegnern entgegenzukommen, wir wollen die gestörten Gebiete wieder aufbauen, aber wir wollen auch im eigenen Lande das zerstörte Volk aufbauen und die Schäden wiedergutmachen, unter denen unsere Kranken und Invaliden zu leiden haben. Aus der Armutshöhle der Ultimaten und Diktos müssen wir endlich heraus.

Als Vertreter der Eisenindustrie sprach dann noch Dr. A. L. O. n. n. e (Dortmund). Zulezt ergriß die B. u. S. die vom deutschen Gewerkschaften das Wort und erklärte kurz, daß sich die Verhältnisse zu spitzen. In den nächsten Wochen wird von uns mehr verlangt werden als bisher. Die Arbeiterkraft wird, um was der Kampf geht. Wir haben alles zu verlieren, was wir in jahrzehntelangen, mühevollen Kämpfen erreicht haben. Wir werden zu handeln wissen.

Amerik. Arbeiterkämpfen gegen die Belegung des Ruhrgebietes.

In einer am 29. Februar in Chicago stattgefundenen Volksversammlung, die von sozialistischer Seite einberufen worden war, wurde folgende Entscheidung gegen die Belegung des Ruhrgebietes angenommen, aus der wir das Wesentliche mitteilen:

Die Versammlung verurteilt den Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet als entschieden als imperialistischen Charakter, der, wenn er glücken würde, der Arbeiterkraft Deutschlands neben dem Kampf gegen einheimische Ausbeutung auch noch den gegen ausländische Herrschaft aufzwingen würde. Die deutsche Arbeiterkraft ist immer während gewesen, dem französischen Volke beim Wiederaufbau der zerstörten Provinzen zu helfen, wurde aber durch den französischen Unternehmertum gehindert, das sich einen Profit aus dem Elend seiner eigenen Volksleute nicht entgehen lassen will. Die Versammlung verlangt, daß die amerikanische Regierung gemeinsam mit anderen Regierungen gegen die französische Imperialpolitik mit der ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln einschreite. Sie verlangt ferner die Aufhebung des Versailles-Vertrages und nicht den deutschen Arbeitern im besetzten Gebiet ihre Rechte wiederzugeben. Sie beschloß, die Resolution an den Präsidenten der Vereinigten Staaten sowie an den Kongreß zu senden.

Osterfrühling.

Ich ließ den Blick von einem Berge gleiten
Rings in das weite, sonnenhelle Land
Und sah den Banz, den Lebenspenden, schreien,
Geschnitten mit buntem, blumigem Gewand.
Ein Schwarm von Vögeln folgte seinen Spuren
Mit aufleuchtendjubelndem Gesang.
In Wonneshauern zitterten die Ähren.
Als bräutlich küßend sie der Banz umschlang.

Die Bäume träumten mit verhaltenem Lauschen,
Als die Erstarrung aus den Wurzeln wich.
Und durch die Wälder ging ein seltsames Raufen,
Als wärm der Banzwind durch die Zweige strich.
Die Blumen sprossen aus dem Schoß der Erde.
Die Knospen trieb ein gärend junger Saft.
Allüberall schwang sich ein neues Werden
Zu neuem Sein, das neue Wunder schafft.

So in das Weben der Natur versunken,
Fiel ich voll Andacht unbewußt aufs Knie
Und meine Seele war beaufiht und trunken
Von der unendlich schönen Sinfonie.
Ein Psalm der Schönheit klang in meinen Sinnen.
Ich fühlte mich mit der Umgebung eins.
Kredenz von frühlingsheileren Göttinnen,
Trank ich den Nektar neu erweckten Seins.

Da sah ich in den Tälern ein Gewimmel
Von Menschen, die die Not gezeichnet hat.
Die Luft, die Freude quoll vom blauen Himmel,
Sie aber schliefen müde, krank und matt.
O ström ins Licht hinaus, ihr Tiefgebeugten,
Damit in euch die Hoffnung aufsteigt.
Daß auch für euch das Lebens Sonnen leuchten,
Daß auch für euch der Banz den Samen sät.

Noch vielen Menschen ist der Sinn geblendet
Für die besetzte Frühlingsherrlichkeit.
Was froh die Schöpfung allen Menschen spendet,
Umgiere sie mit nimmerfaltendem Neid.
Sie raffen nur für sich die edlen Gaben,
Dem Armen wehrend jeden Sonnenschein.
Die Menschheit könnte ewigen Frühling haben,
Wenn sie verstände, sich nicht feind zu sein!

Diktor Kalinowski

An gleichen Tage nahm nach längerer Debatte der Ortsausschuß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes in Chicago eine Resolution an, in der beschlossen wurde, die Zusatzen der französischen und belgischen Truppen in deutsches Gebiet aufs schärfste zu verdammen und von der Regierung der Vereinigten Staaten zu verlangen, daß sie der Forderung der deutschen Arbeiter nachkomme und daß dieses Land seine Dienste als Vermittler anbietet zu einem Verzicht, das unvernünftige und verwerfliche Abenteuer zu Ende zu bringen.

Gewerkschaftspraxis in Rußland.

I.
Wenn hier von Gewerkschaften in Rußland gesprochen wird, dann ist meist an jene illegalen Vereinigungen gedacht, die unter der zaristischen Herrschaft bald hier bald dort bestanden und nicht gebieten konnten, weil sie im Verborgenen leben mußten, wenn sie nicht aufgelöst und die Führung nicht eingeleitet oder zur Zwangsarbeit nach Sibirien verbannt werden sollte. Gemeint sind die „Gewerkschaften“ — sie nennen sich selbst so und wir haben keine andere Bezeichnung für sie — der letzten Vergangenheit und Gegenwart. Niemand darf sich Gewerkschaften nach deutschen Begriffen und Mustern vorstellen, geschaffen aus dem ureigenen Antrieb der Arbeiter und selbstbestimmend in allen ihren Angelegenheiten. Wer dergleichen Vereinigungen in Rußland machen wollte, würde sich umsonst bemühen. Dort gibt es nur geblühete und geduldige Weisen, die Gewerkschaften genannt werden, deren Führung aber auf den letzten Wunsch der Regierung einwirkt und strom fließt wie mitunterliche Rekruten. „Revolutionsär“ stellt sich diese Führung nur außerhalb der russischen Staatsgrenzen, weil es da ungefährlicher zu sein scheint.

Als Rußland unter den Stürmen der Oktoberrevolution von 1917 errierte, bestanden kaum Anfänge gewerkschaftlicher Vereinigungen. Darum verteilte man auf das Erdium der Räte, das als Organisationsersatz diente. Die damaligen Nachfolger mußten schnell irgendwelche Einrichtungen schaffen, auf die sie sich stützen konnten, weil Organisationen der Arbeiter und Bauern, die Träger des revolutionären Gedankens hätten sein können, nicht vorhanden waren. Darum wurden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gebildet. Neu war dergleichen nicht. Die französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts und die deutsche Revolution von 1848 wiesen schon ähnliche Einrichtungen auf. In Deutschland nannte man die Träger der Revolution von 1848 nicht Räte, sondern Volksmänner. Nur in der Bezeichnung, nicht in ihren Aufgaben lag die Unterschiedung.

Unter dem Einfluß der Arbeiterräte wurden in Rußland erst Organisationen der Arbeiter (Gewerkschaften) geschaffen. Diese Art des Werbens hatte den Nachteil, daß die geschaffenen Organisationen nicht unabhängig, sondern abhängig von den Staatsorganen waren, ja ihnen direkt unterstanden und Exekutivorgane der Staatsgewalt wurden. Ein gebetliches und unabhängiges Wirken war dann für die Arbeiterinteressen nicht mehr möglich, weil nur nach Regierungsanweisungen die Interessen der Arbeiter vertreten, aber auch nicht vertreten werden durften. Diese Behauptung gilt es zu beweisen.

In der Zeit vom 2. Januar bis 4. Februar 1921 fand die zweite Konferenz der russischen Bergarbeitervereinigungen statt. Die regierungsoffizielle Zeitung „Ekononimtscheskaja Schin“ brachte ausführliche Berichte von dieser Tagung. Auf ihr berichtete Tomski über: „Die Gewerkschaftenverbände und Organisierung der Produktion“. Nach Nr. 23, Jahrgang 1921, führte er hierüber u. a. aus:

„Ob die Gewerkschaften augenblicklich Organe des Staates darstellen oder nicht, ist eine theoretische Frage. Die Verstaatlichung der Gewerkschaften geschieht automatisch, unter dem Druck der Verhältnisse. Sie geht in drei Richtungen vor sich: Delegierung der Gewerkschaftsvertreter in Staatsorgane, Bildung von besonderten Ämtern gemeinsam mit den Staatsorganen und Beteiligung einer ganzen Reihe von staatlichen Aufgaben und Funktionen durch die Gewerkschaften.“

Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist ein kostbares Gut, das in Deutschland mit allen Mitteln verteidigt werden würde. In Rußland geschah dergleichen nicht, aber man verlor die Gewerkschaften mit dem Staatsapparat und übertrug ihnen staatliche Aufgaben und Funktionen. Es waren

nicht die saubersten Aufgaben, die man ihnen übertrug. Während des russisch-polnischen Krieges, im Sommer 1920, bestimmten die Gewerkschaftsorgane, wer zum Kriegsdienst einberufen werden sollte, also zum Tötischen geeignet war, oder wer bei seiner Beschäftigung in Betriebe, Fabrik oder Werkstelle bleiben konnte. Wer kein ergebener Diener der bolschewistischen Ideen war, war reif für den Kriegsdienst.

Nach eine andere Aufgabe dieser „Gewerkschaften“ sei genannt. In der „Ekononimtscheskaja Schin“ vom 2. April 1921 wurde ein Beschluß der Zentralkommission für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit amtlich veröffentlicht. Ziffer 6 lautet wie folgt:

„Arbeiter und Angestellte, welche vom Urlaub oder von Arbeitskommissionen mit einer Verpötung von drei Tagen zurückgekehrt sind, kommen, wenn die Gründe der Verpötung von dem Betriebskomitee als nicht ausreichend anerkannt werden, wegen Arbeitslosigkeit vor das kollegiale Disziplinargericht.“

Die „kollegialen Disziplinargerichte“ sind Organe der Gewerkschaften gemäß einem Beschluß des Rates der Volkskommission, der am 14. Mai 1921 in der „Ekononimtscheskaja Schin“ veröffentlicht wurde und von W. Ujanoff (Lenin) unterzeichnet ist. In dieser sowjetamtlichen Verfügung wird unter Ziffer 5 verordnet:

„Die Bekämpfung aller Verletzungen der Arbeitsdisziplin und der Produktivität in den Betrieben und Anlagen wird von den Gewerkschaftsorganen gemäß des Dekrets über kollegiale Disziplinargerichte geführt.“

Diese zwei Tatsachen, russischen Quellen entnommen, dürften zunächst für unsere Betreffenden genügen. Auch die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, hat wiederholt den Beweis geführt, daß die Vereinigungen in Rußland nicht Gewerkschaften im deutschen Sinne, sondern Exekutivorgane des Staates waren, und daß nur bedingt eine Wandlung eingetreten ist seit der Rückkehr zum Privatkapitalismus. Man lese: Am 2. März 1922 schrieb die Zeitung:

„Die Gewerkschaften können jene vielseitigen Funktionen eines staatlichen Organes, die sie in den letzten Jahren erfüllten, nicht mehr versehen. In Rußland lehrt man jetzt zur freiwilligen Mitgliedschaft in den Gewerkschaften zurück und geht zum Abschluß von Kollektivverträgen über.“

Diese Auslassung ist mehrfach interessant. Solange die russischen Gewerkschaften die „vielseitigen Funktionen eines staatlichen Organes“ erfüllten, bestand für die Arbeiter Mißtrauen. Als sich die kommunistische Sowjetregierung zur Rettung der Wirtschaft den Privatkapitalismus verschrieb und die Arbeiter gezwungen wurden zu kämpfen mit dem Privatkapitalismus, also stark Gewerkschaften für diese Zwecke benötigt wurden, wurde die Zwangsmitgliedschaft beseitigt und die Gewerkschaften im Interesse des Privatkapitalismus sehr geschwächt, denn die freiwillige Mitgliedschaft für sie war in Rußland nicht groß. Dergleichen sollte in Deutschland passiert sein! Wie würden die Kommunisten gegen die „Boszen und Verräter“ vom Veder jechen! Aber weiter. In einem Aufsatz der „Roten Fahne“ vom 16. März 1922, überschrieben: „Neue Aufgaben der russischen Gewerkschaften“ heißt es, die Gewerkschaften wären auch nach der Oktoberrevolution von 1917 nicht überflüssig gewesen, aber die alte Bestimmung der Gewerkschaften, d. h. die Führung des wirtschaftlichen Klassenkampfes für die Arbeiter habe nicht mehr gegolten, denn die Bourgeoisie war beseitigt und die Industrie nationalisiert. Dann schreibt das Blatt wörtlich:

„Neue Zeiten bringen neue Aufgaben mit sich. Und wenn es in Rußland damals keine Privatindustrie gab, so blieb es doch Aufgabe der Gewerkschaften, die Staatsindustrie zu organisieren und gemeinsam mit dem proletarischen Staatsapparat die Leitung des ganzen Wirtschaftsprozesses zu übernehmen. Andererseits verblieben den Gewerkschaften ihre alten Aufgaben des Arbeiterschutzes, der Tarifregelung usw., wobei die Gewerkschaften nicht als Gegner, sondern als Beauftragte, als Funktionäre des Staates auftraten. Jetzt, mit dem Wiederaufleben des Privatkapitalismus, werden die Gewerkschaften in Rußland ihren staatlichen Charakter wieder verlieren und ihre alten Bestimmungen zum großen Teil von neuem gewinnen.“

Wichtig ist die Feststellung des kommunistischen Zentralorgans, der „Roten Fahne“, daß die Gewerkschaften ihre alte Bestimmung, die Führung des Klassenkampfes, aufgegeben hatten. Aber, werden die Kommunisten sagen, der Artikelschreiber ist ein Dummkopf oder ein Demagoge, denn in Rußland war die Klassenherlichkeit beseitigt und die Arbeiter brauchte kein Klassenkampf mehr geführt zu werden. War dem so? Nein! Hören wir hierüber die kommunistische und sowjetamtliche „Ekononimtscheskaja Schin“ vom 21. Dezember 1920. In einem Artikel: „Gewerkschaften und Volkswirtschaft“ schreibt sie, daß der auferichteten politischen Diktatur des Proletariats auch die wirtschaftliche folgen müsse. Diese letztere müsse sich auf eine Massenorganisation stützen. Die Gewerkschaften müßten Organe der wirtschaftlichen Diktatur darstellen, aber sie hätten weder organisatorische Erfahrungen noch eine genügende Anzahl von Organisatoren. Diejenigen Männer, die aus der Mitte der Arbeiter herbeigezogen wären und brauchbar seien, seien zu anderen Organen übergegangen. Im Artikel wird dann wörtlich fortgesetzt:

„Ungeheure Massenorganisationen blieben mit außerordentlich schwachen gewerkschaftlichen Führern zurück, wie ungeheure Körper mit lächerlich kleinen Köpfen, deren Gehirn nicht imstande ist, diese Organisationen in harmonische Bewegung zu setzen und die Diktatur des Proletariats in der Produktion durchzuführen... Nicht umsonst erheben sich die Verwaltungsorgane der Wirtschaft — sogar aus den Vertretern der Arbeiterklasse — auf heftigste gegen eine Einmischung der Gewerkschaften in die wirtschaftliche Arbeit. Sie sehen den Schaden, den die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Diktatur wirklich zu machen, verursacht. Die Unvorbereitetheit der Gewerkschaften, ihre in allen Konferenzen festgelegten Aufgaben durchzuführen... hat diese Organe der wirtschaftlichen Diktatur zu Organisationen gemacht, die nur Sowjetbeamte liefern... Der russische Arbeiter, der sich politisch befreit hat, bleibt faktisch ein Sklave in der Wirtschaft... Infolge der außerordentlichen Armut des Proletariats an geistigen Kräften, war der Staat in Gestalt der Sowjets gezwungen, die dritten Schichten der früheren Angestellten des Kapitals heranzuziehen. Unsere Wirtschaftskräfte sind zu 90 Prozent von Leuten mit bürgerlicher Psychologie besetzt. An der Spitze stehen stellvertretende Vertreter der Arbeiterklasse, aber wenn auch jeder von diesen aufmerksam um sich schaut, so wird er gesehen müssen, daß er nicht seine Unterstellten beeinflusst, sondern diese ihn beeinflussen.“

Man beachte: Der Artikel ist am 21. Dezember 1920 erschienen, also in einer Zeit, wo die umfassendste Diktatur des Proletariats in Rußland nach den Behauptungen der deutschen Kommunisten bestanden sollte, wo noch keine Verdüsterung durch den Privatkapitalismus stattgefunden hatte und noch keine Konzeptionen an ihn erteilt waren und dennoch war „der russische Arbeiter faktisch ein Sklave der Wirtschaft“. Das Bild ist so schön gezeichnet, daß wir es nicht entwerfen wollen durch längere Zusätze. Es zeigt uns, daß es Pflicht der Gewerkschaften gewesen wäre, als Gegner der geschichtlichen Einrichtungen aufzutreten, um den Arbeiter wirtschaftlich frei zu machen, wobei wir nicht an gewollte Verletzungen der Arbeitsdisziplin denken. Diese ist in allen Gesellschaftsereignissen erforderlich. Unter Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin waren soziale Verbesserungen anzustreben, was aber nicht geschah, weil diese Massenorganisationen „mit außerordentlich schwachen gewerkschaftlichen Führern“ wirkten, „wie ungeheure Körper mit lächerlich kleinen Köpfen, deren Gehirn nicht imstande ist, diese Organisationen in harmonische Bewegung zu setzen“, d. h. für die Arbeiter etwas zu tun.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Der Kalifskandal.

Abfatzkrise und Liebesgabenpolitik in der Düngemittelindustrie.

In der Stickstoff- und Kaliumindustrie machen sich in der letzten Zeit große Absatzschwierigkeiten bemerkbar. Diese geben den Industrieführern Veranlassung, nunmehr sofort Preisermäßigungen einzuleiten. Besonders in der Kaliindustrie hat man es jezt eilig damit. Ein Werkskonzern beabsichtigt, nur noch drei Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Die Leitung desselben führt diese, die Arbeiterschaft hart treffende Maßnahme auf die bereits vorhandenen Vorräte zurück. Einen weiteren Grund erblickt die Industrie in der schwierigen Kreditbeschaffung.

Was den ersten Grund anbelangt, so ist zu bemerken, daß die Vorratsmengen in diesem Jahre noch nicht die Höhe erreicht haben wie im Frühjahr 1921 und 1922. Trotz der damals erheblich größeren Vorräte sah sich die Werksbesitzer veranlaßt, ein Uebersichtskommunikation anzuregen, um den später steigenden Bedürfnissen des In- und Auslandes Rechnung tragen zu können. Zweifellos hat sich ein Teil der heimischen Landwirtschaft mit Vorräten zu billigen Preisen eingebett und hält jetzt mit dem Anlauf von Düngemitteln zurück. Hinzu kommt, daß der Reichsernährungsminister Dr. Kauter die Herabsetzung der Düngemittelpreise angeht, und damit die Landwirtschaft geradezu aufgefordert hat, mit Vorkäufen einzustellen zurückzuführen. Sowie jedoch bekannt ist, liegt dem Kalirat ein diesbezüglicher Antrag des Reichsernährungsministers nicht vor, so daß also gar nicht abzusehen ist, wie lange die Zeit der zum erheblichen Teil künstlich herbeigeführten Beunruhigung der Kaliindustrie noch andauert. Die letzten Preis-erhöhungen sind nach den Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlers und nach vorher erfolgter Verständigung mit den landwirtschaftlichen Körperschaften vom Reichskalirat beschlossen. Es erscheint nicht recht verständlich, wenn jetzt, nach wenigen Tagen, ein anderer Ministerium die Herabsetzung der Kalipreise in Aussicht stellt. Noch schwerer verständlich aber ist die Stellungnahme der Landwirtschaft, welche vor der endgültigen Beschlußfassung im Reichskalirat die Kalipreise mit dem Kalifskandal frei vereinbart hat und jetzt diese Vereinbarung mit dem Käuferstreik beantwortet! Daß diese Maßnahme die künftige Ernährungslage des deutschen Volkes ungünstig beeinflussen, so zu großen Gefahren führen muß, wird ernstlich kaum bestritten werden können.

Aber auch die Preispolitik, die die Preisgestaltung in der Kaliindustrie an der Hand sein könnte. Sie ist heute mit Dingen belastet, welche für die Abnehmer und in erhöhtem Maße für das ganze Volk untragbar geworden sind. Die Landwirte werden natürlich die Preise für ihre Betriebsmittel auf die Lebensmittelpreise schlagen. Ihnen müßte daran liegen, jede unnütze Belastung der Betriebsmittel zu vermeiden. Das letztere sollte übrigens in noch erhöhtem Maße auch für die Regierung gelten. Ist in dieser Beziehung nun alles geschehen, was geschehen mußte? Nach der heutigen Praxis der Kaliprüfungserlöse erhält jedes nicht mehr lieferungsfähige Werk eine Entschädigung in Form der Vorkaufnahme der Beteiligungsziffer von 2 bis 3 Millionen Mark. Diese Entschädigung kann nur aus den Kalipreisen gezahlt werden. Die Praxis der Kaliprüfungserlöse hat dahin geführt, daß entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen jedes Kaliwerk bis 1923 völlig stillgelegt werden kann, daß den Kaliwerksbesitzern unangenehme als vollständig mißsatisfaktives Einkommen in die Taschen gesteckt werden und daß ferner die Gefahr des Erlaufens von Kaliwerten und damit die Gefährdung unserer unterirdischen Bodenschätze durch berartige privataktivistische Gaunerei geradezu gefördert wird.

Hierfür ein Beispiel: Die Beteiligung der Werke am Gesamt- abfatz ist in Tausendstel eingeteilt. Die Zuteilung einer Beteiligungsziffer und die Höhe derselben ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Für lieferungsfähig gewordene Werke bestimmt der § 78 Abs. 4 der Durchführungsbestimmungen zu dem Kaliumgesetz folgendes:

„Im Falle des Eintretens der Lieferungsunfähigkeit eines Kaliwerkes hat die Kaliprüfungserlöse, sofern es sich nicht um ein

freiwillig oder zwangsweise bis 1923 stillgelegtes Kaliwerk handelt, auch ohne Antrag das Erlöschen der Beteiligungsziffer auszusprechen.“

Wie aber wird in der Praxis verfahren? Die Kaliwerke Sedwigsburg und Reinstedt, welche nicht nur ihr Anlagekapital längst herausgewirtschaftet, sondern darüber hinaus beträchtliche Gewinne verteilt haben, sind im Oktober 1921 erloschen. Sedwigsburg und Reinstedt verfügten über 10,5 Tausendstel der Beteiligungsziffer. Auch heute noch! Sie sollen nach dem Willen der Industrie die Beteiligungsziffer bis 1923 behalten. Trotz des § 78 gibt der Vorkauf der Kaliprüfungserlöse an, den Werken die Beteiligungsziffer nicht entziehen zu können.

Angenommen: Der Gesamtabfatz des Kalifskandals beziffert sich auf 800 Milliarden Mark im Jahre, so würden an Sedwigsburg und Reinstedt jährlich 800 Millionen Mark Entschädigung zu zahlen sein. Um 800 Millionen Mark würden also die Preise nach dieser Berechnung völlig unnützlich belastet sein! Die Gefahr des Erlaufens besteht auch bei anderen Kaliwerken. Weitere zehn solcher Fälle, wie der vorstehend angeführte, genügen schon, um zu gerade schwimm- delserregenden Kalipreisen zu gelangen. Es ist auch gar nicht verwunderlich, daß nach dieser Uebung der Kaliprüfungserlöse eine Anzahl längst erloschener Kaliwerke, deren Beteiligungsziffer drei Monate nach dem Eintreten der Lieferungsunfähigkeit erloschen ist, jetzt erneut bei den zuständigen Stellen den Antrag auf Wiedergewährung ihrer früheren Beteiligungsziffer gestellt haben. Es erscheint vollständig gerechtfertigt, die Wünsche der Antragsteller zu erfüllen, wenn es bei der jetzigen Uebung der Kaliprüfungserlöse im Falle der Lieferungsunfähigkeit gewordenen Werte Sedwigsburg und Reinstedt bleibt.

Und was tut die Regierung? Ein volles Jahr hat sie die Dinge laufen lassen und dann legt sie einen Entwurf vor, welcher die Verschleppung dieses Skandals geradezu garantiert.

Die Stellungnahme der Vertreter der Landwirtschaft zu dieser Frage ist unverstänlich. Sie verkörtern in der Negation. Aber gerade hier liegt im Negativen das Positive. Sie läßt zu, daß die Landwirtschaft unangenehme Preisbelastungen ausgereizt werden. Wir können unmöglich annehmen, daß das geschieht, weil einflußreiche Rittergutsbesitzer Ausschlußratsmitglieder der Gewerkschaften Sedwigsburg und Reinstedt sind oder viele prominente Mitglieder des Reichskalirats an der Hand an Kaliwerten beteiligt sind, die je wie andere auch erlaufen könnten. Mehr wie andere hätten darum gerade diese Werken die Verpflichtung, auf ihre Vertreter im Reichskalirat einzugehen, damit diese den Dingen endlich ein Ende machen. Sie nicht an der Kaliindustrie beteiligten Landwirte könnten sonst zu Schlüssen kommen, die den an der Kaliindustrie beteiligten Landwirten und der Gesamtvertretung der Landwirtschaft gerade nicht besonders angenehm sein könnten.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit dürfte sich in schwierigen Fällen auch die Kreditbeschaffung viel leichter ermöglichen lassen. Mit Zug und Recht muß aber gesagt werden, daß die Herren im eigenen Lager erst mal Ordnung zu schaffen haben. Wenn das geschehen ist, wird in vielen Fällen die Kreditbeschaffung sich erledigen. Grundsatz muß zunächst sein, den Landwirten den Bezug der Düngemittel zu realen Preisen zu ermöglichen. Daß das jetzt geschieht, muß nach Vorliegendem ernstlich bezweifelt werden.

Es ist also höchste Zeit, daß die Jundschteilhaber der Kaliindustrie sagen, daß sie die Dinge nicht mehr weiter gehen können und daß der Herr Reichsernährungsminister Dr. Kauter sich zunächst einmal darüber äußert, ob er die von der Kaliprüfungserlöse gestellte Praxis billigt. Sollte das Gegenteil der Fall sein, dann müßten wir bedauern, daß nicht schon längst gesetzliche Maßnahmen von der Reichsregierung in Aussicht gestellt und ergriffen sind, um dem gewinnstüchtigen Treiben der Kaliindustrie ein Ende zu bereiten.

Wie drei Schiffe abzugeben werden dürfen, nichts weis, ist ein Zweifel an der Behauptung der Grubenverwaltung berechtigt.

Die Rettungsapparate sollen in Ordnung gewesen sein. Dieser Tatsache steht entgegen, daß drei Mann, die mit Rettungsapparaten von der Heintigsgrube ausgerüstet waren, bei den Rettungsarbeiten zu Tode verunglückt sind. Wenn auf der Heintigsgrube nicht 14 Mann als Rettungsapparate ausgebildet waren, sondern 22 Mann, so hätte doch die Grubenverwaltung sagen müssen. Als ich fragte, wieviel Mann mit Rettungsapparaten ausgebildet sind, wurde mir geantwortet: 14 Mann und 5 Beamte. Wenn also hier eine Un-genauigkeit in meinen Darlegungen liegt, so ist die Grubenverwaltung selbst daran schuld. Ist denn auch, daß der Direktor selbst befragt hat, daß seit längerer Zeit Uebungen von der Rettungsmannschaften auf der Grube nicht statt-gefunden haben.

Das Hauptmoment, daß die vorgeschriebene Verlesung seit drei Monaten nicht mehr erfolgt ist, wird mit keinem Wort in der Berichtigung erwähnt. Auf diesen Umstand ist aber in erster Linie die Katastrophe zurückzuführen. Daß die Grubenverwaltung und auch die Bergbehörde an diesem Unglück, insbesondere an seiner ungeheuren Ausdehnung einen großen Teil der Schuld tragen, daran halte ich fest und bin jederzeit auch bereit, es zu verantworten.

Julius Franz.

Die Bergarbeiterstreiks. Saargebiet.

Wenn diese Zeilen den Lesern zu Gesicht kommen, stehen die Saarländer schon über sieben Wochen im Streik. Fast wöchentlich werden in allen Bezirken Versammlungen abgehalten, die alle stark besucht werden und mitig verlaufen. Ueberall kommt der Hark, ungebrochene Durchhaltewille zum Ausdruck.

Am 19. März erließ die Streitleitung folgenden **Aufruf an die Saarbelegthäten.**

„Im Revier schwirren allerlei tolle Gerüchte über stattgefundene Verhandlungen und baldige Beilegung des Streiks. Diesen Gerüchten scheint eine gewisse Absicht zugrunde zu liegen. Sie enthalten zumeist jeder Grundlage, da den am Streik beteiligten Ver-bänden bis jetzt von Verhandlungen nichts bekannt ist. Eine Be- endigung des Streiks ist nur durch Verhandlungen mit den Or-ganisationen und unter Zustimmung der Revierkonferenzen, die den Streik beschlossen haben, möglich. Kamraden! Laßt euch durch nichts irre machen, einerlei von welcher Seite der Versuch dazu unternommen wird. Bei diesem Kampf handelt es sich nicht nur um eine Erhöhung der Löhne und um die Wiedereinstellung aller Streikenden, sondern auch um die Erhaltung und den Ausbau der in jahrzehntelanger Arbeit mühsam erworbenen Rechte. Nur die Parole der Organisationen ist nach wie vor für alle Handlungen maßgebend. Die bisher so mütterlich gewährte Disziplin und Ord-nung sowie die geschlossene Einigkeit der gesamten Streikenden muß allen Versuchen zum Trotz weiter erhalten bleiben. Noch die Spli- darität der Saarbelegthäten!“

Lothringen.

Mit Korruption und Demagogie gelang es einigen Berlen, eine geringe Anzahl Streikbrecher anzuwerben. Der Kampf wird dadurch nicht beeinflusst, die Front steht gut. Die Bevölkerung unterstützt die Sammlungen der Streikenden.

Itzehollanderei.

Itzehollands größtes Kohlenrevier, das Schar-Atariner, ist am 12. März in den Streik getreten. Der Streikbeschluß wurde in einer Revierkonferenz am 11. März gefaßt. Die Ursachen sind folgende:

Im letzten im Oktober 1922 abgeschlossenen Vertrage hat sich die Arbeiterchaft zur Erhöhung der Löhne in Höhe von 30 Prozent bereit erklärt und die Verpflichtung zur Erhöhung der Leistung von 7 auf 7,57 Zentner pro Kopf und Schicht auf sich genommen. Im Vertrage ist die Bestimmung enthalten, daß sich der Lohn, falls die Leistung auf über 7,57 Zentner steigt, um durchschnittlich 60 Heller für jede 10 Millionen erhöhen. Sowie die Leistung, so werden die Löhne in gleichem Maße herabgesetzt. Seit Abschluß des Vertrages ist die Leistung bis Ende Januar 1923 auf 8,24 Zentner gestiegen. Die Schar-Atariner Unternehmer haben die vertragliche Verpflichtung nicht durchgeführt, die Löhne nicht erhöht. Statt dessen unternahm die Schar-Atariner auf die Arbeitszeit der Bergarbeiter, welche seit dem Umsturz in allen Revieren günstig und durch Kollektivverträge festgelegt ist, ver-langen weiter die Erhöhung der Arbeitsleistung auf 8 bis 8,5 Zentner pro Kopf und Schicht, schließlich die Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen des Kollektivvertrages, die den Urlaub bet-rifft, und die Herabsetzung des Ausmaßes an Demuttschöle, welche den Arbeitern seit Jahrzehnten zuerkannt worden ist. Seit Oktober 1922, da der neue Kollektivvertrag, welcher die Bergarbeiter in schwer- riest, abgeschlossen wurde, sind die Preise der Lebensbedürfnisse nicht gesunken.

Eine in Prag am 17. März tagende Reichskonferenz hat sich hinter die Streikenden gestellt.

Ober-Schlesien.

Wie schon Jeden und Jantzen werden Streiks angekündigt wegen Entlassung mehrerer Betriebsratsmitglieder. Die Belegschaft der Concordia Grube soll nach drei Streiktagen die Arbeit aufgenommen haben. Am Streik sollen noch die Kriegergrube und die Schar-Atariner Grube teilnehmen. Näheres konnten wir infolge Polizeistände im Einheitsgebiet nicht erfahren.

England.

Zeitungsberichten zufolge sind in Süd-Wales 50000 Berg-arbeiter wegen Lohnfragen in den Streik getreten, weil eine Einigung mit den Unternehmern nicht zu erzielen war.

Herabsetzung der Hausbrandlöhne.

Vom Reichskohlenrat erhalten wir folgende Zuschrift:

Der heutige milde Winter geht seinem Ende entgegen. Die meisten haben ihn noch mit verhältnismäßig billigen angefeuerten Brennstoffen überdauert. Mit Grauen aber blicken wir schon heute dem nächsten Winter entgegen, und die Sorgen der Einzelnen er-zievolligen sich für die großen Wohnstätten und die staatlichen und städtischen Verwaltungen, deren Besitzern in die Mäntel gehen. Nach einem Bericht über feine Arbeiten aus dem Gebiete der Brennstoffausnutzung in häuslichen Feuerstätten, den der Reichskohlenrat soeben herausgegeben hat, beträgt der Gesamt- wert der allein in öffentlichen Gebäuden und Anlagen jährlich verfeu-erten Hausbrandbrennstoffe nach der gegenwärtigen Preise rund 600 Milliarden Mark.

Der Reichskohlenrat hat sich, wie aus diesem Bericht hervor- geht, nicht darauf beschränkt, die Brennstoffpreise wiederherzu- stellen und der Geldentwertung folgend, heranzuführen, um den Kohlenabgaben, die Grundlast unserer gesamten Wirtschaft, leitungsgefähig zu er- halten. — derselbe Reichskohlenrat hat auch alles in seiner Macht- stehende getan, um jedem Einzelnen und jeder Körperschaft die Be-zug zu weihen, um so wenigstens Brennstoffen auszukommen wie möglich und dadurch die Heizkosten herab zu vertiefern.

Es handelt sich dabei um Ausgaben weniger darum, unsere Heiz- und Kochanlagen technisch zu verbessern. Wer das Geld dazu hat, kann sich schon heute höchst vollkommenen Heiz- und Koch- einrichtungen kaufen. Die Wichtigen aber über denen die nötigen Mittel. Es handelt sich also hauptsächlich darum, die vorerwähnten Heiz- und Kochanlagen, so unbefriedigend sie auch sein mögen, so zu be-halten, daß sie mit weniger Brennstoffen die gleiche Wärme, ja mehr Wärme als bisher nutzbar abgeben. Brennstoffeffizienz kann man sich nicht leisten, sondern man muß sie erlernen und üben, gerade so wie die besten Arbeiter zum die Schmelzen mehr er-zievolligen können, wenn man nicht selbst geschickter geworden ist.

Ganz ähnlich wie die jahreunabhängig beharrlichen Vermählungen unsere führenden Arbeitgeber der Gesundheitszustand unseres Volkes- geboten haben, so sind jetzt auch unter der Führung des Haus- brandausschusses beim Reichskohlenrat Tausende von Arbeitern an der Arbeit, um unsern Volk verhältnismäßig selbstbestimmte im Kampf gegen die Brennstoffnot zu ermöglichen. Die Tätigkeit des Reichs- kohlenrats hat nun nicht etwa darin bestanden, die vielen „Werk- stätten“ und „Richtlinien“ für häusliches Zeichnen, die es gibt, um einige weitere zu vermehren. Derartige allgemeine Werkstätten haben verhältnismäßig geringe Wirkung, nur wenn sie in jedem Fall auf die örtlich ganz verschiedenen Bedürfnisse besonders zugeschnitten sind, nützen sie. Der Hausbrandausschuß des Reichskohlenrats hat daher einen viel wirksameren Weg eingeschlagen: sein Bericht ermöglicht es allen den vielen, die noch gar nicht wissen, wo und wieviel Personlichkeiten und Ausstattungsmaßnahmen in den heimischen Fragen zur Verfügung stehen, sich ihrer ohne weiteres zu bedienen; neben einer kleinen allgemeinen Ubersicht über die erkrankt zahlreichem Arbeiten auf diesem Gebiet stellt der Bericht einen Wegweiser zur unmittelbaren Anschauung mit den verschiedenen Organisationsarten dar, deren genaue Details in einem besonderen Verzeichnis zum Ausdruck sind. So ermöglicht er die vor allem wichtige Einwirkung von Mensch zu Mensch. Bekannt ist ja auch, daß aus den gleichen Gesicht- punkten heraus der Reichskohlenrat seit einigen Monaten mit er-zievoller Unterstützung der Reichsministerien und der Lehrerschaft die Pflege des Sinnes für das Haushalten im Sinne der Schu- lunterricht (ohne Einwirkung neuer Lehrbücher) bewirkt. Wie diese persönliche Wirksamkeit funder Unterstützung in dem Verzeichnis der einschlägigen gemeinverfügbaren Schriften, das ebenfalls dem vorliegenden Bericht angefügt ist.

Ganz besonders wichtig aber ist die eindringliche Mahnung, die in dem Bericht an alle Behörden gerichtet wird, die be- rühten deutschen „Zuständigkeitsfragen“ auszuschalten und von jetzt ab über all die Sachverhältnisse zur händigen Uebernahme des Betriebsunternehmens unserer öffentlichen Gebäude und Anlagen in der Weise anzuziehen, wie es bei einzelnen Reichsbehörden und in einigen Städten und Provinzen schon jetzt geschieht: „Der Reichs- minister an die Front!“ Vor allem die Abgeordneten der Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen müssen dar- auf achten, daß die vielfach ganz unverantwortliche Zerschmetterung öffentlicher Gebäude durch nachlässigen Heizbetrieb aufhört. Wie wir hören, wird der Bericht des Reichskohlenrats allen örtlichen und bezirklichen Verwaltungsbehörden zugehen. Wir müssen im Inter- esse unserer Volksgemeinschaft dringend fordern, daß er beherzigt wird. Der Bericht ist für jedermann bei der Geschäftsstelle des Reichs- kohlenrats, Berlin W. 62, Widmannstraße 19, gegen Einreichung von 300 M., für Körperschaften kostenfrei, erhältlich.

Von den Bergmannswohnungen.

Die Geschichte des Baues der Bergmannswohnungen ist ein Lebensgang. Der Grund dafür ist die unzureichende Mittelbeschaf- fung. Bis Ende des Jahres 1919 der Satz von 6 M. für die Löhne Steinkohlen und 2 M. für die Löhne Braunkohlen fest- gesetzt wurde, bedeutete das etwa 3 Prozent des Kohlenpreises. Trotz der mehrfachen Erhöhungen ist das Verhältnis auf 0,3 Proz. herabgegangen, weil Kohlenpreis und Gebotenwert höhere Fortschritte machten, als die Erhöhung der Kohlenabgabe zum Bauen.

Ober-Schlesisches Bergmannssterben.

Zu der „Berichtigung“ der Verwaltung der Heintigs- grube äußert sich unser Kamerad Franz, der an der Unter- suchung des Unglücks teilgenommen hat, in einer Zuschrift. Soweit wir nicht selbst bereits die Berichtigung mit ihren eigenen Wider- sprüchen und mit bekannten Tatsachen verprüft haben, lassen wir den Kameraden Franz sprechen, es bleibt dann nichts mehr übrig, wohnter sich die Verwaltung vertrieben könnte. Er schreibt:

„Die Grubenverwaltung behauptet, das Unglück ereignete sich nicht um 7.30 Uhr, sondern kurz vor 8 Uhr. An und für sich ist das nebensächlich. Der unglückliche Unfallausbruch hat in seiner Niederdrückung über die Sitzung am 5. Februar auf der Heintigsgrube über die Zeit des Entstehens der Katastrophe wörtlich folgendes niedergelegt:

„Die Explosion erfolgte am 31. v. M. etwa gegen 7 1/2 Uhr und wurde als gewaltige Erschütterung bis in die entferntesten Grubenbaue vernommen.“

Wenn der Bergverwalter eingefahren ist, ließ sich nicht genau feststellen, da er es selbst nicht genau angeben konnte und die Aussagen der Zeugen auseinandergehen. Die Gruben- ververwaltung ist ja auch recht vorsichtig und wägt die Fassung gegen 9 Uhr“. Auch liegt hier eine kleine Ungenauigkeit der Bericht- erstattung vor. Zu Wirklichkeit habe ich im Landtage ausgeführt, daß der Bergverwalter um 9 1/2 Uhr eingefahren sei. Aber selbst wenn der Bergverwalter gegen 9 Uhr eingefahren sein sollte, so steht fest, daß der verantwortliche Beamte um diese Zeit noch nicht wußte, was los war und einführ.

Was die Behauptung der Grubenverwaltung über das Vor- handensein eines Telephons anbelangt, so ist richtig, daß selber die bergpolizeilichen Bestimmungen das Vorhandensein einer Tele- phonanlage nicht vorschreiben. Dagegen belegen die Beschlüsse und Uebungen der Grubenrettungscentrale, daß ein weltverbreitetes Telephonnetz in der Grube für die Sicherheit der Bergarbeiter notwendig ist. Um diese Bestimmung hat sich die Grubenverwaltung selber bisher nicht geküm- mert. Im übrigen hat der Unfallausbruch in dieser Frage folg- erendes festgelegt und in seinem Bericht schriftlich niedergelegt: „Er- löscht wurde das Rettungsnetz nicht dadurch, daß die gepante Telephonanlage vom Hillort des Bruttozweckes der 546-Meter- Grube in die Grubenbaue hinein noch nicht zur Ausführung ge- langt ist.“ Es steht also fest, daß eine Telephonanlage in der Grube nicht vorhanden war. Daß sie bis zum Hillort des Schachtes bestand, ist nicht bestritten und auch nebensächlich.

Was die Verwendung des Sprengstoffes anbelangt, so ist festgelegt worden, allerdings nicht vor den Verlichtungen des Explosionsherdes, daß Säuer zweierlei Sprengstoffe befohlen. Auf diese Tatsache habe ich hingewiesen und bemerkt, daß in solchen Fällen der Säuer in der Grube bestimmte, welchen Sprengstoff er benutze.

Die Behauptung, daß die Grubenverwaltung Ver- setzungen hat für Säuer, die mehr als drei Schuß vor einem Ort abgeben haben, wird jetzt erst aufgestellt. Als ich die Frage in der Sitzung des Unfallauschusses stellte, ob jemand wegen Ueber- schreitung der angeordneten Anordnungen der Grubenverwaltung, noch nicht mehr als drei Schüsse abgegeben werden dürfen, das, wie der Direktor bemerkte, oft geschehen ist, bestraft sei, wurde dies verneint.

Uebrigens ist es auf allen Gruben üblich, daß wichtige Anord- nungen für die Belegschaft schriftlich durch Aushang erfolgen. Dieser Aushang ist nicht erfolgt. Da der Betriebsrat und die Belegschaft von der angeordneten Anordnung, daß nicht mehr

So hat der Bau seit Jahresfrist Störungen gehabt, die nur auf den Mangel an Mitteln zurückzuführen sind. Der Reichskohlenrat hat deshalb Anfang Februar die Abgabe auf 600 Mk. je Tonne Kohlen erhöht, also auf des Hundertfache. Da aber die Baukosten inzwischen über das Tausendfache gestiegen sind, so ist es immer noch so, daß nur ein Zehntel des ursprünglichen Planes ausgeführt werden kann. Zimmerleute besitz nun doch wieder die Möglichkeit des Weiterbaues. Für das Kubertvier werden besondere Mittel zur Verfügung gestellt, nachdem die Förderung durch den Einbruch der Franzosen so stark beeinträchtigt worden ist. So werden also unsere Ruhrkammeraden hoffentlich bald das ärgerliche Schauspiel nicht mehr sehen, daß trotz ihrer Wohnungsnot laibfertige Häuser liegen bleiben, ohne daß die Arbeiter fortgesetzt werden. Inzwischen folgt langsam und zögernd die Miete in den alten Häusern der Gebelverwertung. Die Löhne und Gebühren, die auf den Häusern liegen, wachsen, aber auch die Zuschläge zu der Grundmiete, aus der der Hausbesitzer seine Kosten für Vermietung, Erhaltung und Verzinsung der Hypothek decken muß, werden allmählich größer. Sie müssen es auch, es kann nicht dauernd aus einem Wirtschaftsgewinn die allgemeine Preisentwicklung ausgeglichen werden. Die Kameraden werden sich erinnern, daß der Mietpreis in den alten Wohnungen auch maßgebend sein sollte für die Bergmannswohnungen. Darum erstehen im Ruhrgebiet ja eine Erhebung wieder unvermeidlich, trotzdem, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. Dezember 1922 berichtete, die Miete schon zum 1. Januar vorbepakt worden war. So sollen vom 1. April ab folgende Mietsätze je Quadratmeter Wohnfläche und Monat gelten:

	bis 10000	In Orten z. 10-100000 Einwohner	über 100000
In Mehrfamilien-Häusern	20 Mk.	22 Mk.	24 Mk.
In Einfamilien-Häusern	22 Mk.	24 Mk.	26 Mk.
In freistehenden Einfamilien- od. Einfam.-Doppelhäusern	24 Mk.	26 Mk.	28 Mk.

Legen wir den wohl am häufigsten vorkommenden Mittelwert von 24 Mk. zugrunde, so kostet die 70-Quadratmeter-Wohnung 1680 Mark, die 80-Quadratmeter-Wohnung 1920 Mk. im Monat, also noch einen Stundenlohn. Das wird sich ertragen lassen und muß schließlich getragen werden, da die Miete von 1. April ab jedenfalls das gleiche kostet. Man muß sich dabei klar darüber sein, daß die Steigerung in der Hauptsache aus zwei Gründen notwendig ist. Einmal wegen der Steigerung der Baukosten (also auch der Instandhaltungskosten, zum anderen wegen der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens. Es liegt auf der Hand, daß dem Erwerber eines Eigenheims diese beiden Ursachen verschieden betreffen. Da er sein Haus selbst instand zu halten hat, so darf man ihn mit den daraus erwachsenden Kosten nicht besonders belasten, während die Wohnungsbauabgabe jeden Hausbesitzer trifft, soweit die von ihm bewohnte Wohnung in Frage kommt. Die neu erbauten Häuser werden von der Abgabe nicht betroffen. Das soll aber im Sinne des Gesetzes dem zugute kommen, der die großen Bauaufwendungen gemacht hat; das ist hier die Treuhandsstelle, die also die Zins- und Amortisationsätze um den Betrag der Wohnungsbauabgabe zu erhöhen das gute Recht hat.

Demnach steigert sich jetzt auch die Last des Eigenheimers. Er zahlt 25 Prozent des Betrages, den der Mieter zu bezahlen hat, und 1/3 wird ihm dafür für Tilgung, 2/3 als Verzinsung des rentierlichen Wertes angerechnet. Bei dem vorhin angenommenen Mittelwert einer monatlichen Miete von 1680 Mk. würde sich danach der rentierliche Wert des Hauses auf 112 000 Mk. berechnen, während die Leistung des Eigenheimers dafür an die Treuhandsstelle 420 Mk. beträgt.

Der Verwaltungsrat der Essener Treuhandsstelle ist durch die Entwicklung der Verhältnisse in jeder Sitzung genötigt gewesen, sich mit der Miete zu beschäftigen und es wird ein Weg gesucht, das zu vermeiden. Er dachte sich in der Weise finden lassen, daß eine Grundmiete festgesetzt wird, wie bei den alten Häusern und daß die auf Grund des Reichsmietengesetzes und der Wohnbauabgabe eintretenden zusätzlichen Zuschläge dazu hinzugerechnet werden. Dann sehen die Kameraden in den Bergmannswohnungen, daß es ihnen gerade so ergötzt, wie den anderen und das Gefühl willfährlicher Behandlung, das wohl mancher monomoralisch — wenn auch zu Unrecht — gehabt hat, wird schwinden.

Soziales Recht • Arbeiterversicherung.

Erhöhung der Beschränkungsbeiträge bei der Pfändung.

Die Verordnung über Lohn- und Gehaltspfändung vom 23. 2. 23 erhöht die Beiträge, bis zu denen die Pfändung des Lohnes oder Gehalts nicht vorgenommen werden darf. Der Arbeits- oder Dienstlohn eines Arbeitnehmers ist nunmehr bis zu dem Betrage von 600 000 Mk. für das Jahr (bisher 120 000 Mk.) unpfändbar. Ebenso ist die Pfändung ein Drittel des Mehrbetrages, der die Summe von 600 000 Mk. übersteigt, nicht unterworfen. Wenn der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede unterhaltsberechtigte Person um ein Sechstel, jedoch höchstens bis zu zwei Dritteln. Die Erhöhung für unterhaltsberechtigte Personen kann aber nur in den Fällen Anwendung finden, wo der Arbeits- oder Dienstlohn den Betrag von 2 000 000 Mk. im Jahre nicht übersteigt (bisher 360 000 Mark). Außer der Erhöhung der Beschränkungsbeiträge bringt die Verordnung keine weiteren Neuerungen. Demnach gelten die bisherigen Bestimmungen des Lohnpfändengesetzes weiter. Eine Beschränkung der Pfändbarkeit besteht also nicht bei Entgelten aus Nebenbeschäftigungen, bei Löhnen, die am Fälligkeitstage nicht abgehoben worden sind, bei Pfändungen, die zur Beitreibung der direkten persönlichen Staatsteuern und Kommunalabgaben, sofern sie nicht länger als drei Monate fällig geworden sind, sowie bei Pfändungen, die zur Beitreibung von Unterhaltsbeiträgen für Ehegatten und Verwandte für die Zeit nach der Erhebung der Klage und für das diesem Zeitpunkt vorausgehende Vierteljahr vorgenommen werden. Bei Unterhaltsansprüchen eines unehelichen Kindes ist die Pfändung insoweit beschränkt, als der Schuldner für den gleichen Zeitraum zur Beitreibung seines notwendigen Unterhalts und zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltspflichten seiner Ehefrau und seinen Verwandten gegenüber des Lohnes bedarf. Die Verordnung trat am 1. März 1923 in Kraft. Eine Aufrechnung, Abtretung und Verpfändung beruht von diesem Tage an ihre Wirksamkeit, wenn sie vor dem Inkrafttreten der Verordnung erfolgte und bei Anwendung der Verordnung unwirksam sein würde.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Robbergang.

Ist irgend ein Gewächs der Bestrafung ausgesetzt, so entwickelt es den bekannten Robbergang. Bis nichts anderes ist der Gefangene zu beweisen, den jetzt die Unzen bezugs ihre Leistung von sich gibt. In ihrem Entstehen wurde sie lieblich von allen Interessenten — auch von den Unternehmern — geegnet und gepflegt. Als in Mitteldeutschland der Ausschlag der Unorganisierten vom Reichsverband beraten wurde, sagte ein solcher Unternehmer: „Ja, wenn Sie nur die Unorganisierten ausschließen wollten, aber Sie wollen doch auch die Union ausschließen!“ So unvorsichtig waren nicht alle Unternehmer, aber naturgemäß begründen sie herzlich jede Beschuldigung, jede Begründung. Alles Wohlwollen hat nichts genützt, mangelnder moralischer Rückhalt und zuletzt die katastrophale Geldverwertung haben dem Gebilde die Fertigungsperiode gebracht. Zwar verhielt sich die kommunizierende Partei, aus dem Stumpfe zu retten, was zu retten ist. Die noch vorhandenen Unionsführer sind Schlacken der Partei. Das Unionsbündnis, welches nur noch in Thüringen von zwei bis vier Wochen zweifelhafte Existenz hat, einen ruffähigen Delegierten zum Redakteur, der vom Bergbau so viel wie eine Kuh vom Seiltanz versteht. Alle eigenartigen Unionsisten, die etwas praktische Erfahrungen besitzen, sind abgelaugt. Die Einnahmen der Union übersteigen nicht die eines Kriegerbundes

Heran an den Feind!

An welchen Feind? Nun, an den, den wir am tiefsten hassen: Unverständnis, Dummheit, Interessenslosigkeit, Indifferenzismus, mit einem Wort: Heran an die Unorganisierten! Unser Verband hat in einigen Bezirken letzijährig Mitgliederverluste erlitten. Vielerorts sind in den letzten Monaten die Verluste wieder westgemacht worden. Andere Zahlstellen bearbeiten tapfer und mit Erfolg den Stumpsinn oder rücken zum Angriff vor. Die Parole lautet jedoch:

• Kampf auf der ganzen Linie! •

Keine Zahlstelle darf müßig bleiben. Heran an den Feind! Holt die Unorganisierten in den Verband! Rückt dem Indifferenzismus • mit einer geschlossenen Front • auf das widerborstige Fell! Es müßte wirklich mit dem Teufel hergehen, wenn wir diesen gefährlichen Feind nicht überwinden. Vorwärts, auf zur Hausagitation allerwegen!

und man lebt jetzt von den 2 Millionen Papiermark, die Moskauer gestiftet hat.

Die Ausschüsse der Union haben jetzt in Buer eine „Unionistische Oppositionszentrale“ errichtet. Von dort aus gehen nach Bedarf „Rundschreiben“ heraus, die von Bartels gezeichnet sind. Wir wollen diese Rundschreiben nur kurz streifen, denn es ist wirklich kein ästhetischer Genuß, den Wobershausen zu küssen.

Im Rundschreiben Nr. 1 spricht Bartels von der „Cliquen- und Bonzenwirtschaft der Hammer und Genossen“ und sagt weiter, daß die Organisation „farblos, ratenlos und lebenslos“ geworden ist, „nicht mehr zu retten“ ist. In diesem „notwendigen Uebel“ bestehe „kein Funken von Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber der Partei mehr“. Hammer habe von der RPD, den Auftrag, die Union zu „liquidieren“, und er habe schon versucht, verschiedene Bezugsgruppen abzustufen oder abzuschleifen. Eine klägliche Haltung nahmen die Hammer und Genossen zur Ruhrbeziehung ein. „Ergötzlich warteten die ratlosen Mitglieder“, so sagt Bartels, „auf eine Parole. Man ist zu feige, Farbe zu bekennen; entweder dies oder das. Wieder tut man nichts, bis schließlich der liebe Herrgott (!) ein Wunder geschehen läßt.“ Zum Schluß wird zur Beitragssperre an die Selsenkirchener Geschäftsleitung aufgefordert.

Die Unionsisten reagieren auf dieses Rundschreiben im kommunistischen „Ruhr-Echo“ unter der Überschrift: „Der Buerische Mussolini“. Sie gehen aber sehr zaghaft vor, sagen, daß Bartels sich rühme, „von einer Stelle vier Millionen Mark bekommen zu haben, deren Geber er nicht nennen will“, und berücken dann, Bartels mit dem Material aus der „Bergarb.-Ztg.“ (die Sache aus Wilschenshagen) totzuschlagen. Darin soll „der Schlüssel gefunden sein von Bartels Geldgebern“.

Prompt antwortete Bartels darauf mit einem zweiten Rundschreiben. Darin sagt er, daß die drei Ausschüsse — Bartels, Goronci (der frühere Unionsassistent) und Monka — die Opposition ohne Bezahlung leiten und nicht etwa eine Spaltung, sondern Reinigung der Union von allen „Sumpsblüten und Vertreibbreiten“ erstreben. Hammer, so heißt es weiter, habe den acht Forderungen der RPD, in denen verlangt wird: Beiträge in Höhe der freien Gewerkschaften, Beschränkung der Union auf den Bergbau und Verharmlosungsverhandlungen mit dem Bergarbeiterverbande, zugehimmelt. Er gibt sich alle Mühe, um diese Aufgaben zu lösen. Die Hammer und Genossen hätten „ein rundes Hunderttausend Mitglieder“ aus der Union getrieben. (Soviel Mitglieder hat die Union nie gehabt. Der Verf.) Um diese zurückzugewinnen, muß die „Führerschaft, Sachverständigkeit und politische Intelligenz“ beibehalten werden. Hammer habe, um zu seinen „unklaren Zielen“ zu kommen, eine „geheime Spindelorganisation“ errichtet, die er „Tscheka“ nennt. Dieser Spindelorganisation, so behauptet Bartels, ist auf Geheiß Sommers u. a. Geld gespendet worden zu dem laubigen Zweck, Mitglieder des Reichswirtschaftsrats, Mitglieder der Geschäftsleitung und sonstige Funktionäre mit Alkohol zu traktieren, bis sie in einem Zustand waren, in welchem man ihnen ohne Gefahr die Altentastchen mit Infarkt stehlen konnte. Zwei Fälle solchen vom Hammer veranlaßten Diebstahls seien einwandfrei erwiesen. Für die Kauferei seiner Organisationsleiter verwandt worden. Hermann (es ist der von der Besenverwertung beschuldete) wird vorgehalten, daß er sehr oft wegen Vergehen gegen das Eigentumsrecht mit „schwebelichen Cardinen“ Bekanntschaft gemacht habe.

Weiter geht Bartels die Bonzenwirtschaft der Union, weil ohne Beträge von den Mitgliedern beliebige Personen — mißfällige Diener — angestellt werden. Sals über Kopf sei auf dem Reichstagskongress in Essen ein Bonus angenommen worden, wonach ohne Beträge der Mitglieder festgelegte Anstellungen erfolgen könnten.

Bartels wehrt sich dann gegen die vom Kollegen Zimmermann in der „Bergarb.-Ztg.“ gegen ihn gerichteten Vorwürfe und versucht, sie mit Schimäreien und Verleumdungen gegen Zimmermann zu entkräften. Daß er sich die Akten des Arbeiter- und Soldatenrats angeeignet hat, versucht er erst gar nicht zu leugnen. Auch soll es nicht wahr sein, daß er 4 Millionen Mark von irgendeiner Stelle erhalten habe. Die Bureaukratie wäre zusammengekauft oder gekauft worden für 160 000 Mk., die die Opposition von den Mitgliedern erhalten hätte.

Zum Schluß fordert Bartels von der Bezirksleitung der Union die sofortige Einberufung einer Generalversammlung, widrigenfalls die Opposition eine solche einberufe.

So weit die Rundschreiben. Bartels bekommt noch einigen Zuspruch, weil zwei weitere Unionsisten, Seeger und Hona, aus der Union ausgeschlossen wurden. Seeger, weil er ein Arbeiter sein soll und schädigend wirkte, Hona, weil er sich weigerte, mit der Geschäftsleitung abzurechnen.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Am 20. März wurde unser Kamerad Heinrich Steinhoff im Alter von 62 Jahren zur letzten Ruhe getragen. Dreißigjährig Jahre gehörte er unserem Verbande an und hat stets das Wohl und die Interessen des Verbandes und der Bergarbeiter vertreten. Möge ihm die Erde leicht sein! Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung der Zahlstelle Weimar II.

Wir ermahnen die Kameraden,

uns die „Union“, Vereinsblätter der Selsenkirchener Union, wo sie beschafft werden können, durch die Ortsverwaltungen nach Bedarf zu stellen zu wollen. Die „Union“ erscheint jetzt alle paar Wochen zweifelhafte und unter Ausschlag der Öffentlichkeit. Trotz Abonnements wird uns kein Exemplar zugestellt. Wir hören nur, daß dort in letzter Zeit verschiedene Schimäreien gegen den Verband verzapft werden. Deshalb unsere Bitte.

Konfusion als Verbrechensursache.

Unsere Antwort auf die neue „Gelehrtenbrief“-Anrempelung im „Bergknappen“ hat bei diesem eine Gehirnverletzung verursacht. In diesem Zustand macht er eine neue Dummelei und ätzert verheißentlich aus einer Notiz der „Bergarbeiter-Zeitung“, in welcher das Verhalten der Christen im Mahener Schieferbergbau

(Eifel) gegeißelt wird. Er greift nur die Schlussworte heraus, welche lauten:

„Das gute „Einbernehmen“ Altmehers (Gewerkevereinsangehender) mit den Unternehmern, Kameraden, bringt euch wieder genügend noch rasche Lohnerhöhungen; auch nicht die berechtigten Untertagszulage. Arbeiter, schäht ihr? Hinein in die Organisation, die über dem Tische Karten spielt, in den Bergarbeiterverband!“

Damit soll das Talent der Verbändler zum Verleumben der weisen sein. Zugunsten des „Bergknappen“ nehmen wir an, daß unsere Antwort eine Konfusion in seinem Oberhäutchen verursachte und sehen somit vom Vorwurfe unchristlicher Demagogie ab.

Wie verhält sich hier die Sache? Unser Verband wird in der Eifel mit aller christlichen Verschlagenheit — Reichthum, Güte, Qualen, Verleumdung u. dgl. m. spielen eine Rolle — terrorisiert. Ihre Majorität benutzen die Christen systematisch, um den Untertagszulagebewegungen die Untertagszulage vorzunehmen! Die Ausschüsse bilden christliche Lebertragarbeiter, die angeblich nicht Arbeiter zweiter Lohnstufe sein wollen. Die Verbändler werden „vergessenlich“ nicht zu den Verhandlungen eingeladen und die Christen machen eine Verhandlung der Frage auf die Klobsteile Art unmöglich, so z. B. verlassen sie plötzlich den Verhandlungsraum. Als Altmehers bei einer Versammlung gestellt wurde, sagte er: „Ich bin noch immer mit den Arbeitgebern ausgetreten!“

Diese Tatsachen veranlassen uns zu der vom „Bergknappen“ ätzerten Schlussfolgerung. Bedeutet das nun den Beweis verbändlerischer Verleumdung? Nein, das Gegenteil, wir haben den Mut, den Christen ihre bergarbeiterfähige Handlungsweise vorzuwerfen. Der „Bergknappe“ sollte lieber seine Leser zu anständigen Tarifbeschlüssen erziehen, anstatt aus der von uns gefügten Wahrheit eine Verleumdung herauszudrehen.

Wollt uns der „Bergknappe“ an die Mahener Schieferbergbaufrage erinnern, wollen wir ihn gleich im Interesse der dort beschäftigten unterirdischen Arbeiter festnageln. Heraus mit der Sprache, „Bergknappe“: Bist du das Vorgehen der dortigen Gewerkevereiner, welche die Untertagszulage systematisch hintertreiben? Es hilft kein Maulspitzen, los, gepfeifen!

Uebrigens: Die „Bergarbeiter-Zeitung“ brudte das gefälschte Unternehmerrundschreiben ab. Als die Fälschung festgestellt wurde, haben wir als anständige Menschen dies richtiggestellt. Den gefälschten „Gelehrtenbrief“ brudte der „Bergknappe“ ab. Als heute hat er noch nicht den Mut zur Richtigstellung aufgebracht.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Töblich verunglückt durch einflügendes Salz

Ist der Kamerad Richard Müller auf dem Kaltschacht Gtein bei Klein-Gurra. Als Funktionär der Zahlstelle Nordhausen hat er stets sein Bestes für den Verband und die Bergarbeiter getan. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung der Zahlstelle Nordhausen a. Gatz.

Zur Wohnungsnot im mitteldeutschen Kohlenbergbau.

Während, aber ganz besonders nach dem Kriege, hat der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau eine beispiellose Entwicklung erlebt. In riesigem Umfange ist der Teil der Erde ausgewöhlt worden, um den kostbaren Brennstoff zu bergen — ihn allen möglichen Betriebszwecken zuzuführen. Tausende, aus allen Himmelrichtungen zusammengekömmte Arbeiter haben wohl Beschäftigung, aber keine Wohngelegenheiten erhalten. Da jedoch voraussichtlich der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau am wenigsten einer wirtschaftlichen Ausdehnung ausgesetzt sein wird und weitere wirtschaftliche Ausdehnungsmöglichkeiten infolge neuer Industrieanstaltungen bietet, strömen immer neue Massen arbeitsuchend nach Mitteldeutschland. Dadurch wächst sich die Wohnungsnot geradezu zu einer Gefahr aus. Wohl haben Siedlungsgesellschaften aller Art, zum Teil durch erhebliche Reichsmittel unterstützt, den Wohnungsbau gefördert; wohl haben zum Teil auch die Werke umfangreiche Bauprogramme durchzuführen versucht, aber wesentliche Abhilfe der Not ist nicht eingetreten. Bekanntlich werden durch die Kohlenverbraucher zurzeit Milliarden durch eine Sondersteuer aufgebracht zum Zwecke der Produktionsförderung im Kohlenbergbau durch Schaffung von Bergmannswohnungen.

In den letzten drei Jahren sind allein für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau im Bezirk Halle rund 3500 Wohnungen neu erbaut worden. Aber in Zukunft muß auch hier eine sehr starke Bau einschränkung eintreten, weil die Preise für Baustoffe ins Markenhafte gestiegen sind. Während noch 1920 ein Einfamilienhaus für 20- bis 100 000 Mk. erbaut werden konnte, kostet heute dasselbe Haus 18-20 Millionen Mark. Unter diesen Voraussetzungen ist fernst kaum noch an Wohnungsbau zu denken — die Not steigt von Tag zu Tag.

Unter welcher traurigen Wohnverhältnissen Tausende von Bergarbeitern ihr Dasein fristen müssen, bezeugen am treffendsten folgende Zahlen: in den Rebirden Halle, Merseburg und Wittefeld sind zurzeit untergebracht in Steinbaroden 6300 in Holzbaroden 2800, in Blechbaroden 600 Arbeiter des Bergbaues. Das bei fehlen noch Berichte, so daß die wirklichen Zahlen höher sein werden.

In einzelnen Räumen dieser Baroden sind 4-12 Arbeiter untergebracht. 60 Prozent dieser Barodenbelegschaften sind Verheiratete, die in bestimmten Zeitabständen ihre in vielen Fällen in Thüringen und dem Vogtlande wohnenden Familien besuchen. Die Innenausstattung der Barodenzimmer ist höchst dürftig und latschermäßig. In der Regel übereinandergestülpte Betten, Militärkammern als Sitzgelegenheit und schmale, einschürige Militärbänke zur Unterbringung von Kleidung, Wäsche und Nahrung. Daß bei dieser Zusammenverpackung von heillosster Reinlichkeit nicht gesprochen werden kann, ist klar, nach dazu, wenn man den Beruf des Bergmanns in Betracht zieht. So hausen etwa 10 000 Arbeiter in einem verhältnismäßig enghesegrenzten Industriegebiet, während zur selben Zeit Unzahlen behaglicher Räume, Luxus- und Verschönerungszwecke dienen. Ist es da ein Wunder, wenn schmerzhaftere Arbeiter sich über ungeredete Ausnutzung großer Wohnplätze durch heimige Preise beklagen? Auf der einen Seite behagliches Ausbreiten und Wohlfühlen und bei den schwarzen Goldgräbern tierisches Zusammenpacken.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 13. Woche (vom 25. bis 31. März 1923) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Auf Antrag der Zahlstelle Engelfangen und der Bezirkseitung Saarbrücken werden folgende Mitglieder wegen Streikbruch aus dem Verbandsausgeschlossen: Jakob Simon (Haupt-Nr. 1 041 405), Andreas Dehm (S.-Nr. 821 583), Josef Jakob Klein (S.-Nr. 1 022 265), Julius Glons (S.-Nr. 1 022 266).

Abwesenverordnungen.

Abwesend: Dortmund. Vom 21. März ab finden Sprechstunden jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat nur noch nachmittags von 2,30-5 Uhr im „Bürgerhaus“ statt.

Rechtsschutz. Der 1. Vertrauensmann Karl Fendrich wohnt Wiefengrund 20.

Roman aus dem amerikanischen Bergarbeiterleben. — 350 Seiten. Vorzugspreis für Mitgl. 300 Mk.